

Rede von Willy Brandt über Gemeinschaftsideale und nationale Interessen in der deutschen Außenpolitik (Bad Godesberg, 11 juin 1964)

Legende: Am 11. Juni 1964 legt Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und Regierender Bürgermeister von Berlin, vor der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik die Schlüsselemente der bundesdeutschen Außenpolitik dar. Er fordert vor allem mehr Entschlossenheit der deutschen Politik in den internationalen und europäischen Beziehungen und rät zu einem pragmatischen Ansatz zur Konsolidierung der Europäischen Gemeinschaften.

Quelle: Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik. Hrsg. Cornides, Wilhelm. 1964, Nr. 12. Bonn: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. "Gemeinschaftsideale und nationale Interessen in der deutschen Außenpolitik", auteur:Brandt, Willy , p. 419-426.

Urheberrecht: (c) Internationale Politik

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_gemeinschaftsideale_und_nationale_interessen_in_der_deutschen_aussenpolitik_bad_godesberg_11_juin_1964-de-0b2f2bef-a204-4544-8a65-5a7a3ad2afcd.html

Publication date: 03/07/2013

Gemeinschaftsideale und nationale Interessen in der deutschen Außenpolitik

Von Willy Brandt

Das Ende der Vereinfachungen

Die Bundesrepublik muß, ob es uns gefällt oder nicht, mit einer immer spürbarer sich komplizierenden außenpolitischen Situation fertig werden. Ihre Außenpolitik wird auch künftig vom Ost-West-Verhältnis bestimmt bleiben. So sehr das stimmt, so sehr wird unsere Außenpolitik der Tatsache Rechnung zu tragen haben, daß beide Weltmächte daran interessiert sind, eine nukleare Konfrontation zu vermeiden. Sie müssen deshalb die Spannungen mildern. Angesichts dieser Lage hat sich die westliche Führungsmacht das weiterreichende Ziel gesteckt, den Konflikt zu transformieren und dadurch den Frieden sicherer zu machen. Dies ist das Ende jeder Politik des Alles oder Nichts. Sie ist aussichtsloser denn je. Und die Zeit einer krassen Schwarz-Weiß-Malerei ist vorüber.

Ich meine es gar nicht in einem abwertenden Sinn, wenn ich sage: Die Zeit der großen Vereinfachung ist vorbei. Der Stand der Dinge zwischen Ost und West ist nicht mehr ausschließlich vom Freund-Feind-Verhältnis bestimmt. Es bleibt bei einigen überragenden Grundentscheidungen. Aber bei einer Vielzahl von Einzelbewertungen ist es nicht mehr so leicht, eindeutig Partei zu ergreifen. Aus einem solchen Parteiergreifen entwickelten sich in der Vergangenheit mit einer gewissen Konsequenz die meisten außenpolitischen Situationen. Viele hielten dieses Verhalten an sich schon für Außenpolitik. Mit der einfachen Parteinahme — sei es aus Überzeugung, sei es aus Opportunismus — war es getan. Jetzt werden die Fragen komplizierter. Damit werden auch die Antworten differenzierter sein müssen. Ich weiß durch meine letzten Besuche in Washington, daß auch gerade die westliche Führungsmacht mehr als „Yes, Sir“ hören will. Sie will, daß ihre Freunde mitdenken, mithandeln, gemeinsame Verantwortung tragen. Das wird nicht einfacher oder leichter sein. Aber es wird politisch interessanter. Es ergibt sich eine Vielfalt von Möglichkeiten und Methoden.

An unserem Standort darf dabei jetzt und in Zukunft nicht gezweifelt werden können. Aber an die Stelle eines Spiels mit zwei Kugeln tritt die Kunst, mit vielen Größen und mit verschiedenen Größen zu operieren.

In die Vorstellung von der Transformation des Konflikts ist eingeschlossen: der Konflikt wird verändert, aber nicht aufgehoben. Kommunistische Staatsmacht und kommunistische Weltmacht verwandeln sich nicht in menschenfreundliche Einrichtungen. Grundlage und Voraussetzung einer jeden differenzierten Politik bleibt die militärische Sicherung des Westens. Hier liegt der Kern gerade der Konzeption Kennedys, der „Strategie des Friedens“.

Wir wissen alle, daß in der Innenpolitik die Vereinfachung eine große Rolle spielt, nicht nur in Deutschland. Die Versuchung zum Vergrößern ist groß, und dieser Versuchung sind wir auch auf außenpolitischem Gebiet immer wieder ausgesetzt. Hier handelt es sich sicherlich um ein besonderes Problem der Politik in einer freiheitlichen Staatsordnung. Wir müssen uns dieser Gefahr stärker bewußt werden.

Politik und Publizistik haben eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Sie müssen unserem Volk klarmachen, daß wir uns in einem Prozess der weltpolitischen und auch der europäischen Entwicklung befinden. Und daß es wichtiger als bisher sein wird, Nuancen zu verstehen und Akzente zu setzen. Es wird viel darauf ankommen, nicht nur eine differenzierte Politik zu entwickeln, sondern diese Differenzierung auch unserem Volk zu erklären und begreiflich zu machen.

Das ist eine große Aufgabe. Sie liegt auch im Interesse der inneren Entwicklung der Bundesrepublik. Unser Einfluß auf die gesamtdeutschen Dinge hängt mit davon ab. Niemand darf übersehen, wie stark unsere innere Entwicklung auf unsere außenpolitische Geltung einwirkt. Wenn wir als Volk differenzierter zu denken und zu reagieren lernen, wird das einen unschätzbaren Nutzen für uns haben. Vielfalt, nicht Einfalt, ist ein Kennzeichen der Demokratie.

De Gaulles Politik der Bewegungsfreiheit

Dies möchte ich hier an dem Beispiel unserer Einstellung zu de Gaulle illustrieren. Es hat sich so eingebürgert, dass man hierzulande entweder für ihn oder gegen ihn ist. Auch hier gibt es so etwas wie ein Alles oder Nichts. Dazwischen scheint es nichts zu geben, obwohl es eben in der politischen Wirklichkeit sehr wohl Positionen gibt, die weder durch ein einfaches Pro noch durch ein einfaches Kontra zu erfassen sind. Für mich gibt es drei Aspekte, wenn ich an den französischen Staatspräsidenten denke.

Der erste ist der einer großen Hochachtung. Auch derjenige kann diesem Mann die staatsmännische Größe nicht absprechen, der mit vielen seiner Entscheidungen nicht übereinstimmt. Und ich glaube, unser Volk verträgt die Offenheit des abgewogenen Urteils, die ein gutes Heilmittel ist gegen das Denken in bloßen Klischees.

Der zweite Aspekt gegenüber de Gaulle liegt darin, daß ich wesentliche seiner Entscheidungen aus der Sicht der westlichen Gemeinschaft bedauere. Das gilt für Fragen der europäischen Einigung, der atlantischen Partnerschaft, auch der NATO und der nuklearen Verteidigung. Die Sicherheit Westeuropas ist unteilbar. Sie beruht nicht zuletzt auf der Glaubwürdigkeit des amerikanischen Engagements. Der Kitt des Bündnisses ist Vertrauen. Und alles ist schlecht, was die Bindungen der Vereinigten Staaten oder ihr Interesse an Europa lockern könnte.

Der dritte Aspekt ist die Tatsache, daß de Gaulle auf seine Weise die durch das atomare Patt der Weltmächte gewonnene politische Bewegungsfreiheit nutzt. Bei uns zulande ist oft gesagt worden, Bewegung an sich sei noch nichts Gutes. Das stimmt natürlich. Aber es ist doch eben eines der Schlagworte, die nicht weiter helfen. Denn Bewegungslosigkeit an sich ist auch noch nichts Gutes. Vor allem dann nicht, wenn eine festgefrorene Eisdecke bricht und die Schollen sich in Bewegung setzen.

Wie man diesen Vorgang nennt, ist im Grunde nicht so entscheidend. Entscheidend ist der Vorgang selbst, der damit zusammenhängt, daß sich die Vergeltungspotentiale der beiden Hauptmächte gegenseitig paralisieren und die militärische Auseinandersetzung als Mittel zur Lösung von großen Problemen ausscheidet.

De Gaulle macht auf seine Weise von dieser Lage Gebrauch. Und die Frage, warum eigentlich nur er, ist genau so zu verstehen, wie sie formuliert wurde. Die Amerikaner und die Engländer machen von der relativen Bewegungsfreiheit auf ihre Weise Gebrauch. Andere Staaten reagieren ebenfalls. Und was tun wir? Denn die Bundesrepublik kann natürlich nicht das machen, was man in Berlin einen „toten Käfer“ nennt. Weniger volkstümlich ausgedrückt: Sie darf nicht den Anschein erwecken, als habe sie keine eigenen Interessen und keinen eigenen Willen.

Die Frage nach dem Nutzen der Bewegungsmöglichkeit stellt sich also auch für die Bundesrepublik. Aber es ist selbstverständlich nicht nur eine Frage und ein Problem für die Bundesrepublik. Und dabei ergibt sich der Sinn der respektvollen oder auch freundschaftlichen Warnung hinter der Frage: Warum eigentlich nur er?

Größe und Ehre einer Nation können in unserer Zeit nicht mehr der beherrschende Maßstab des Verhaltens sein. Im Westen haben wir eine Verteidigungsgemeinschaft, die die Sicherheit für alle garantieren muß. Wenn das nationale Interesse sich über den Sinn und über das Ziel dieser Gemeinschaft erhebt, dann müssen wir für eine Zersplitterung des Bündnisses fürchten. Wenn ein Land auf eigene Faust in seinem vermeintlichen nationalen Interesse zu handeln beginnt und damit fortfährt, dann kann es nur eine Frage der Zeit sein, bis die Menschen in anderen Ländern sich fragen, ob das Bündnis nicht mehr auf den Prinzipien der gleichen Rechte, der gleichen Pflichten, der vernünftig verteilten Lasten beruhen soll. Das ist keine Frage des bösen Willens, sondern einer gewissen psychologischen Zwangsläufigkeit.

Wir dürfen uns dabei keiner Illusion hingeben. Frankreich ist nicht stärker als wir, aber seine politische Bewegungsfreiheit ist ungleich größer als die der Bundesrepublik. Frankreich hat seine nationale Einheit. Seine traditionelle Freundschaft mit den Vereinigten Staaten hat tiefere Wurzeln als die NATO. De Gaulle kann in der Welt auf einer starken Zuneigung zu Frankreich fußen. Die Bundesrepublik hat noch zusätzliches Vertrauen zu erwerben und das erworbene zu festigen. Audi wenn Frankreichs umstrittene Ziele

und Methoden richtig wären — wir könnten sie nicht kopieren. Für uns wäre das halsbrecherisch.

Ich habe von drei Aspekten der gegenwärtigen französischen Politik gesprochen. Es kann nicht meine Aufgabe sein, hier über den Rahmen der Außenpolitik hinauszugehen. Aber es wäre unaufrichtig, wenn ich nicht zumindest die Sorge über die innere Entwicklung in unserem großen Nachbarstaat anklingen ließe. Es bliebe nämlich nicht ein innerpolitisches Problem, sondern es würde zu einem europäischen Problem, wenn sich Frankreich in eine „innenpolitische Wüste“ verwandelte, wie es einer meiner Freunde in bewußter Zuspitzung genannt hat.

Unser Verhältnis zu Paris bleibt im Übrigen bestimmt durch die deutsch-französische Freundschaft, die dem Wunsch und Willen der beiden Völker entspricht. Es bleibt weiterhin bestimmt durch unsere europäischen und atlantischen Verpflichtungen, die dem Freundschaftsvertrag nicht untergeordnet sind. Der französische Staatspräsident und die anderen Verbündeten müssen wissen, daß ein Druck in Richtung auf nationale Einzelgänge hervorgerufen wird, wenn ein wichtiger Partner allein entscheidet und wenn die westliche Gemeinschaft auf die Frage nach dem Spielraum nicht gemeinsame Antworten findet.

„Warum eigentlich nur er?“ — diese Frage enthält nicht nur die respektvolle oder auch freundschaftliche Warnung, von der ich sprach. Sie deutet zugleich die Notwendigkeit an, zwischen den Extremen der Bewegungslosigkeit und des überwiegenden Eigeninteresses jenen Weg zu finden, den einerseits die Bündnistreue und die europäische Perspektive, andererseits ein gesundes Selbstbewusstsein und auch die reale Kraft der Bundesrepublik gestatten. Dazu gehört, daß innerhalb der westlichen Gemeinschaft offen gesprochen wird und daß wir nicht den vermeintlich bequemen Weg wählen, wo es um unsere vitalen Interessen geht. Durch Stillschweigen ist noch nichts Großes erreicht worden. Auch nicht dadurch, daß man Merkpösten als wirkliche politische Erfolge ausgibt.

Probleme der europäischen Einigung

In diesem Zusammenhang erscheinen mir drei Gedanken besonders wichtig, die das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, das „Monnet-Komitee“, bei seiner Tagung am 1. Juni 1964 in Bonn entwickelt hat.

Erstens geht es darum, nicht vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren, die auf dem Wege der europäischen Einigung liegen. Wir dürfen es uns auch nicht so leicht machen, einfach nur auf besseres Wetter zu warten. Das Bemühen um die Festigung und Demokratisierung der bestehenden Gemeinschaften muß weitergehen. Und die Bereitschaft muß vorhanden sein, die Verhandlungen über die Mitarbeit der dazu bereiten Staaten wieder aufzunehmen, sobald das möglich sein wird. Das heißt, frühestens einige Zeit nach den englischen Wahlen.

Inzwischen sind Einrichtungen und Regelungen ins Auge zu fassen, durch die der Kontakt zwischen der EWG und den Vereinigten Staaten und zwischen EWG und EFTA von vermeidbaren Belastungen befreit und im Rahmen des Möglichen für positive Zwecke nutzbar gemacht wird.

Das Fortschreiten der politischen Integration Europas ist gegenwärtig blockiert. Das ist so — leider. Aber wir dürfen deshalb nicht resignieren. Wir dürfen das Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Inzwischen wäre schon viel erreicht, wenn wir die Grenzen möglichst niedrig werden lassen. In die Richtung des heute und morgen Erreichbaren müssen unsere Bemühungen gehen. Dabei ist es auch von großer Bedeutung, daß wir Ländern wie Schweden, Österreich und der Schweiz mit einer fairen Einstellung begegnen. Sie müssen wissen, daß wir in der Europäischen Gemeinschaft Formen der Zusammenarbeit entwickeln wollen, die ihrem besonderen Status gerecht werden.

Die politische Bedeutung einer multilateralen Atomstreitmacht

Zweitens haben wir uns im Monnet-Komitee — wenn auch zu diesem Punkt nicht einstimmig — dafür ausgesprochen, das Projekt einer multilateralen Atomkraft auf seine Tragfähigkeit hin positiv zu prüfen. Und zwar deswegen, weil auf diese Weise einer weiteren Verbreitung von nationaler Verfügungsgewalt

begegnet werden könnte. Und weil sich dieser Versuch politisch vor allem auch dann lohnt, wenn dadurch die Kräfte des Zusammenhalts in der NATO gestärkt und Voraussetzungen für die atlantische Partnerschaft gefördert werden.

Wir sollten alle miteinander Wert auf die Feststellung legen, daß uns Deutschen nuklearer Ehrgeiz fremd ist. Die MLF ist aber gerade interessant als ein Mittel, um Atomkrieger von lebensgefährlichem Spielzeug fernzuhalten. Positiv ausgedrückt: Wenn hier ein Instrument gemeinsamer Planung geschaffen wird, verbaut man nicht den Weg zur Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen.

Das Verhältnis zu Osteuropa

Zum dritten ist klar herausgearbeitet worden, daß die Europäische Gemeinschaft, in Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten, die Verbindung zur Sowjetunion so gestalten könnte, daß es nicht mehr eine Illusion zu sein brauchte, von einer friedlichen Koexistenz zu sprechen. Und daß wir es hier mit dem Rahmen zu tun hätten, innerhalb dessen die legitimen Ansprüche des deutschen Volkes verwirklicht werden könnten: Selbstbestimmung und Zusammenführung der widernatürlich getrennten Volksteile.

In diesem Zusammenhang und auf dem Hintergrund eines Prozesses der Differenzierung in den Ländern zwischen Deutschland und Rußland — eines Prozesses, den wir nicht dramatisieren, aber auch nicht unterbewerten dürfen — stellt sich uns die Frage nach einem Europa, das nicht am Eisernen Vorhang endet. Es geht zunächst vielleicht um nicht viel mehr, als jenen Völkern die Hand entgegenzustrecken, die sich als Völker unseres alten Kontinents fühlen. Aber auch das ist nicht wenig.

Deutschland wird dabei ein Gefühl für seine nationale Aufgabe zu entwickeln haben, das gleichermaßen frei ist von Nationalismus wie von der Negation des Nationalen. Wir haben es uns mit diesem Komplex nie leicht gemacht. Wir sind gern von einem Extrem ins andere gefallen. Für die demokratischen Parteien wird es eine Aufgabe der gemeinsamen Verantwortung sein, dieses Auf und Ab auszubalancieren. Sie werden auch in Zukunft dafür zu sorgen haben, daß auf dem Feld unserer Möglichkeiten nicht ein Sektor unbesetzt bleibt, den Feinde der Demokratie besetzen können.

Wir sollten unsere Beziehungen zu Osteuropa nicht hektisch entwickeln wollen. Aber wir sollten sie auch nicht als bloße Pflichtübung betrachten. Gerade hier dürfen wir nicht unterentwickelt bleiben. Schon aus Gründen der Geographie kommt uns eine wichtige Rolle zu. Ein illusionslos sachliches und doch aufgeschlossenes Verhältnis zu diesem Fragenkomplex liegt im deutschen Interesse, im europäischen Interesse und im Interesse der weiteren Entwicklung zwischen Ost und West.

Es ist deshalb auch nicht zu früh, an einige technische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Projekte zu denken, die vernünftigerweise zwischen West- und Osteuropa gemeinsam gelöst werden können. Es gibt dazu Überlegungen, die man im Interesse der Sache weiter reifen lassen sollte, ohne sie zu zerreden. Der Marshall-Plan war bekanntlich nicht für Westeuropa allein bestimmt. Seinen Ursprungsgedanken wieder aufzunehmen, wie es Kennedy und Johnson getan haben, ist keine Sensation, wenngleich es sehr schwierig sein wird. Die Amerikaner gehen davon aus, dies liege im Interesse des Westens. Unser Interesse dürfte sich damit decken.

Wir hatten Grund, die osteuropäischen Staaten als Positionen einer gegen uns gerichteten sowjetischen Politik anzusehen. Hüten wir uns auch hier vor Wunschdenken und vor einem Denken in Extremen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die osteuropäischen Staaten gegen die Sowjetunion auszuspielen. Unser Ziel muß es jedoch sein, zu diesen Völkern in ein Verhältnis der verträglichen Nachbarschaft zu kommen. Wir sollten es anderen leicht und nicht schwer machen, sich nicht nur als Europäer zu fühlen, sondern auch als Europäer zu leben.

Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung

Man kann schließlich ruhig darüber sprechen, daß die Wiedervereinigung nur im Zusammenhang mit einer weiterreichenden Änderung des Ost-West-Verhältnisses denkbar ist. Bis dahin ist es die praktische deutsche

Aufgabe, unsere Kontakte zu den Menschen in der Zone zu erhalten, zu erweitern, auszubauen. Hierzu gehört, den besonders unmenschlichen Auswirkungen der Teilung Berlins und der Spaltung Deutschlands mit allen vertretbaren Mitteln entgegenzuwirken.

Voraussetzung jeder Wiedervereinigungspolitik ist jetzt noch mehr als früher, daß es gelingt, die nationale Substanz unseres Volkes zu erhalten. Dies gilt für beide Teile unseres unteilbaren Volkes. Ich höre gelegentlich den Einwand, dies habe doch nichts mit eigentlicher Außenpolitik zu tun. Das ist formal richtig und real falsch. Formal richtig, weil wir innerdeutsche Regelungen nicht zu zwischenstaatlichen Angelegenheiten machen lassen wollen. Real falsch, weil die Erhaltung der volklichen, der nationalen Substanz von weitreichender außenpolitischer Bedeutung ist. Und außerdem berührt alles, was mit der Zone zusammenhängt, direkt unser Verhältnis zur Sowjetunion.

Eine Außenpolitik, die an den Realitäten der menschlichen Leiden und des Bemühens um ihre Milderung vorbeiginge, wäre blutleer. Die menschliche Seite der Spaltung unseres Volkes und vieler unserer Familien ist eines der stärksten Argumente bei der Vertretung unserer Interessen in der Welt. Wir werden allerdings erst noch zu lernen haben, mehr von jener Selbstdisziplin und von jenem Vertrauen zueinander zu entwickeln, ohne die fortlaufend Punkte an die andere Seite verschenkt werden. Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Regime, das dem anderen Teil unseres Volkes aufgezwungen wurde, bedarf es einer verantwortungsbewußten Meinungsbildung — frei von Gruppendenken und Intrigen.

All dies ist jedoch kein Ersatz für jenes Ziel, das durch den Begriff der Wiedervereinigung gekennzeichnet ist. Schrittweise Veränderungen und menschliche Erleichterungen stehen jedoch nicht im Widerspruch zu unserem nationalen Ziel, von dem wir wissen, daß es mit dem Interesse der Friedenssicherung zusammenfällt. Eine deutsche Deutschland-Politik braucht die eine Komponente ebenso wie die andere.

Ausblick

Außenpolitik in der jetzt vor uns liegenden Zeit wird nicht eine Sache glanzvoller Rezepte und perfekter Programme sein. Es wird einerseits um eine wirklichkeitsnahe Generaleinstellung gehen und andererseits um Fragen der Methoden und ihrer Erprobung. Es wird um differenzierte Versuche gehen, auf den verschiedensten Gebieten voranzukommen. Und es wird darauf ankommen müssen, jeden Schritt in größtmöglicher Gemeinsamkeit der verantwortlichen Kräfte zu gehen. Solche Gemeinsamkeit kann man nicht befehlen. Aber man darf sie nicht unterschätzen oder gar verlachen. Das tut man wohl auch nicht mehr. Dafür ist unsere Lage zu ernst.

Dies ist meine Erfahrung: Jeder wirkliche und erfolgreiche Schritt ist in unserem Lande nur durch ein Zusammenwirken der verantwortlichen Kräfte möglich. Deklamationen und Proklamationen haben wir genug. Wir müssen uns nun auch und gerade um kleine Schritte, um graduelle Veränderungen bemühen. Daran wird unsere heutige Politik morgen gemessen werden.

Das Ziel muß man freilich kennen, und man darf es nie aus dem Auge verlieren: die Freiheit sichern, den Frieden wahren und die deutsche Frage mit politischen Mitteln ihrer Lösung zuführen.